

Meckernischer Anzeiger

Volkszeitung für das Eifelland

Bekanntmachungsblatt aller Behörden

Nummer 131

Seitungspreis 1.30 RM. monatlich. Bei Betriebsbeihilfe kein Ersparnis. Anzeigenpreis 1 Spalte 1 Millimeter 10 Pfg. für Platzbeschriftung und Aufnahme an bestimmten Tagen keine Gebühr.

Samstag

9. November 1929

Druck und Verlag Herr Nachr. Inhaber Johann Eichen. Schriftleitung Ignaz Schmitz. Geschäftsstelle Meckernich Bahnhofstraße 46b. Eifelort 63. Bankkonto 187 Kreispostamt Meckernich. Postfach 3.

7. Jahrgang

Beilagen: Der Sonntag • Sport vom Sonntag • Nach Feierabend • Wirtschaft • Kultur • Leben

Zum Protest gegen die Ehescheidungsreform

Der Kampf um die christliche Ehe

Am Dienstag ist es im Rechtsausschuß des Reichstages zu einem Zwischenfall gekommen, der für uns keineswegs eine Ueberraschung darstellt, der aber außerhalb der christlich orientierten Parteien offenbar außerordentlich sensationell gewirkt hat. Mit der in kulturpolitischen Dingen ihnen eigenen Hartnäckigkeit und Zielbewußtheit verfolgen die Linksparteien seit einigen Jahren die Erleichterung der Ehescheidung und ver suchen zu diesem Zwecke die betreffenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in einer Weise umzugestalten, die mit unseren Begriffen von der Heiligkeit und Unauflöslichkeit der Ehe unvereinbar ist. Man will das Verschuldungsprinzip beseitigen und an seine Stelle das sogenannte „Zerrüttungsprinzip“ setzen. Auch die Anhänger einer solchen Ehescheidungsreform können nicht bestreiten, daß dadurch den leichtfertigen Ehescheidungen Tür und Tor geöffnet und daß auf diese Weise die Ehe als Grundlage der Familie und damit des Staates erschüttert wird. Die Zahlen der Statistik über Ehescheidungen, vor allem in den Großstädten, sprechen heute schon eine ernste und deutliche Sprache. Sie würden sich steigern, wenn die Anträge der Linksparteien im Reichstag durchgehen und damit eine Lockerung in der Ehescheidungsgebung eintreten würde. Am konsequentesten sind in diesem Punkte die Kommunisten, die in ihren Anträgen die Ehe als ein rein privates Vertragsverhältnis zwischen den Ehegatten, das nach Belieben aufgelöst und wieder aufgenommen werden kann, auffassen. Wohin solche Reformpläne, in die Praxis umgesetzt, führen, sehen wir in Rußland, wo man jetzt beiraten, in wenigen Stunden sich scheiden lassen und dann wieder heiraten kann. Die Lockerung der Ehescheidungsgebung liegt ganz in der Richtung der Kulturentwicklung unserer heutigen Zeit, die von Bindung, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgesühl möglichst wenig wissen will und die Freiheit und Ungebundenheit auch auf sittlichem Gebiet fordert. Während die Anhänger der Ehescheidungsreform die Ehe in erster Linie als eine Sache der beiden Ehegatten ansehen, gehen die christlichen Parteien an das Problem vom Standpunkt der Familie als der Bausteine der menschlichen Gesellschaft. Und aus dieser grundsätzlichen verschiedenen Einstellung erklärt sich auch die scharfe Begierde, in der das Zentrum und die bayerische Volkspartei sich gegenüber den Parteien, die die Reform in ihrem Sinne betreiben, befinden. Mit ihrem im Rechtsausschuß des Reichstages eingebrachten Anträgen legen die Linksparteien die Art an die Wurzel der christlichen Familie und an das Fundament der menschlichen Gesellschaft. Es ist klar, daß die Zentrumspartei in rücksichtslosster Weise von allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen muß, um die drohende Entthronung der christlichen Ehe zu verhindern.

Es ist uns nicht recht verständlich, daß der sehr wirkungsvolle Protest, den die Vertreter des Zentrums zusammen mit denen der Bayerischen Volkspartei am Dienstag gegen die Beratung der Ehescheidungsanträge im Rechtsausschuß vorgebracht haben, von den übrigen Koalitionsparteien als eine unfruchtbare Ueberraschung empfunden worden ist. Diese Parteien müssen doch wissen, daß das Zentrum seinerzeit, als es in die jetzige Koalition eintrat, sich ausdrücklich ausgedeutet hat, daß die Ehescheidungsreform im Sinne der von den Linksparteien eingebrachten Anträgen nicht angeht. Und bei der Aufstellung des Etats ist unter den Koalitionsparteien ausdrücklich die Vereinbarung getroffen worden, daß kein neuer Gesetzesentwurf weiter beraten werden soll, der nicht die Zustimmung aller Koalitionsparteien habe. Diese Vereinbarung war gerade im Hinblick auf die Ehescheidungsreform getroffen worden. Seit einiger Zeit muß man nun feststellen, daß die Linksparteien entgegen den getroffenen Vereinbarungen verfahren, sozusagen auf Scheitern ausgehen, die Reform doch in Gang zu bringen. Bereits vor einigen Wochen hat der Zentrumsgesandte Dr. Beckhaus im Rechtsausschuß vor diesen Verletzungen protestiert, und er hat schon damals mit dem Austritt der Zentrumsmitglieder aus dem Ausschuß gedroht. Diese Drohung ist damals nicht beachtet worden, und so blieb dem Zentrum nichts anderes übrig, als jetzt den übrigen Parteien auf eine noch deutlichere Art zu zeigen, wie ernst es über diese Frage denkt. Die Mitglieder der Zentrumspartei werden sich an den Beratungen über die Ehescheidungsanträge nicht mehr beteiligen. Das Zentrum wird vielmehr wie bisher seinen prinzipiellen Standpunkt unerschütterlich den übrigen Regierungsparteien gegenüber wahren.

Es scheint, daß dieses Warnungssignal nicht verstanden worden ist. Die Beratung der Ehescheidungsanträge ist in einen Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, was praktisch bedeutet, daß die Angelegenheit vorläufig erledigt ist. Wir dürfen uns aber nicht täuschen: die Linksparteien treiben Politik auf zwei Ecken, und der Sozialismus läßt sich Zeit um seine Ziele auf kulturpolitischen Gebieten zu verwirklichen. Zu gegebener Stunde

werden auch die Ehepartner wieder auf den Plan treten. Der Kampf um die christliche Ehe ist jetzt lediglich vertagt!

Sozialistischer Großangriff

Die Grundausfassung des Sozialismus, daß er sich nicht nur der Staatsmacht, sondern auch der Wirtschaft bemächtigen müsse, um seine Herrschaft zu einer dauernden zu machen, gilt nicht nur für den Staat, sondern in mindestens ebenso ausgeprägtem Maße auch für die Kommunen. Der Sozialismus sieht die Kommunen als die Zellen des staatlichen Organismus auf; er hofft nach Eroberung der Kommunen die Grundlage für die politische und wirtschaftliche Machtübernahme des Staates im sozialistischen Sinne noch verstärken zu können. In der Praxis kommen diese Bestrebungen am stärksten zum Ausdruck in dem fortschreitenden Kommunalisierungsprozeß (auf dem Umweg über die Kommunalisierung zur Sozialisierung), dem eine letzte etappenweise betriebene Verschuldungspolitik dienen soll, da mit ihrer Hilfe am besten die Steuern auf eine derartige Höhe gebracht werden können, daß das Absterben immer weiterer Teile des Gewerbes und ihre Ueberführung in die Hand der Kommunen unausbleiblich wird. Weiter äußert sich der fortschreitende Einfluß des Sozialismus in den Kommunen, vor allem auch in personeller Hinsicht. Nach den Feststellungen des letzten Parteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg verfügt die Sozialdemokratie bereits heute in 1214 Städten über 7662 sozialdemokratische Stadteverordnete und in 8152 Gemeinden über 31348 sozialdemokratische Gemeindevertreter; außerdem sind 889 Bürgermeister, 897 Gemeindevertreter und 521 Stadträte in Deutschland eingeschriebene Mitglieder der SPD; gegen 1928 ist ein Zuwachs von durchschnittlich 28 Prozent eingetreten; der von der SPD im letzten Jahre erzielte Mitgliederzuwachs von 120 000 neuen Mitgliedern dürfte nicht zuletzt auf die Umwandlung kommunaler Beamter, Angestellter und Arbeiter zur SPD zurückzuführen sein (bezeichnend ist die häufige Verminderung des Kreisleiters in der Zusammenfassung der SPD zu Gunsten desjenigen der Beamten und Angestellten).

Ein besonders anschauliches Bild sozialistischer beeinflusster Kommunalwirtschaft gibt die Stadt Berlin, wo bei den letzten Wahlen bei einer Wahlbeteiligung von nur 63,7 Prozent der Wahlberechtigten 117 marxistisch eingestellte Stadteverordnete gegen 108 bürgerliche gewählt wurden sind. In Berlin waren nach der Inflation die Schulden der Stadt auf 157 Mill. Mark heruntergegangen; gleichzeitig hatte die Stadt einen sehr erheblichen Vermögenszuwachs dadurch erfahren, daß sie die Straßenbahn bei einem Effektivwert von rund 250 Mill. Mark für nur 20 Mill. Mark erwerben konnte. Ende 1928 betragen die Schulden aber bereits 886 Mill. Mark (mehr als 250 Mill. Mark kurzfristig gegenüber nur 37 Mill. Mark anfangs 1927); zur Zeit wird die Verschuldung die Milliardengrenze überschritten haben. Seit 1927 sind von den städtischen Körperschaften nicht weniger als 650 Mill. Mark Ausgaben im außerordentlichen Haushalt beschlossen worden.

So schlimm wie in Berlin, das durch die Sklarett-Affäre in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit gerückt ist, mag es ja nicht überall sein, aber aus fast allen Städten kommen ähnliche Feststellungen und Klagen wie über Berlin. Besonders interessante Mitteilungen über die Art der kommunalen Wirtschaft sind noch vor einigen Wochen festgestellt worden, wo Staatserbkettungen vom Doppelten der genehmigten Summen ermittelt wurden. Das bedenkliche Moment bei diesen und ähnlichen Vorfällen sind aber nicht die Finanzverhältnisse und die Staatserbkettungen, sondern vor allem der immer wieder festzustellende Wille, Unfortschritten der Kenntnis der öffentlichen Wirtschaft zu entgegenen und die kommunalpolitischen Aufgaben zu verlegen. Nebenfalls wird mit den Gebirgen des Steuerzahlers ein durchgreifender Kommunalisierungsprozeß zu Lasten des Steuerzahlers vollzogen. Daß sich das Bürgerum und besonders der in seiner Existenz bedrohte Mittelstand nicht diesem sozialistischen Großangriff gegenüber zur Wehr legt, gehört zu den großen Schwächen und Unertlichkeiten unseres heutigen Lebens.

Aus der katholischen Welt

Katholische Arbeiterführer in Rom

Eine Vertretung katholischer Arbeitervereine verschiedener Länder wurde in diesen Tagen in Rom, um dem Heiligen Vater Glückwünsche zum goldenen Priesterjubiläum darzubringen. Von den deutschen Teilnehmern nennen wir u. a. Reichstagsabgeordneten Doss (Rhein) Reichstagsab-

geordneten Schwarzer (München) Landtagsabgeordneter Letterhaus (Rhein), Verbandspräsident Konigsmore Walterbach (München), Abgeordneten Andre (Stuttgart). Außerdem befanden sich unter den Teilnehmern bekannte Sozialpolitiker aus den Niederlanden und aus Belgien.

Die Delegation fand in Rom außerordentliche Beachtung. Ihr wurde am Montag, den 28. Oktober, die feierliche Ehre zuteil, neben dem diplomatischen Korps an dem feierlichen Konfitorium teilzunehmen. Dem Heiligen Vater wurde sie am darauffolgenden Tage in Privataudiens empfangen. Er rebete zu ihnen in deutscher Sprache. In seinen Segen schloß er huldvoll ein all ihre Sorgen, Mühen und Bestrebungen. Am Schluß der Audienz ließ der Papst jedem Teilnehmer ein von ihm eigens bestimmtes Andenken überreichen. In einer schriftlichen Adresse hat die Delegation dem Heiligen Vater Einblick in die Arbeit der katholischen Arbeitervereine gegeben, ihm wichtige soziale Fragen und Aufgaben unterbreitet und um Klärung durch eine schriftliche Beantwortung gebeten. Die Adresse befaßt sich mit den auf allen Industriezweigen laudenden Problemen von Kapital und Arbeit, mit der Wiederherstellung einer sinnvollen Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft, mit verwirrenden Auffassungen in der Eigentumsfrage, mit vor allem in der Nachkriegszeit sichtbar gewordenen sozial-revolutionären Erscheinungen und den mannigfachen sozialistischen Strömungen unserer Tage. Ein besonderer Abschnitt ist den Reformbestrebungen der katholischen Arbeitervereine auf dem Gebiete des Wohnungswesens gewidmet.

Während dieses Aufenthaltes in Rom war der Abordnung mehrfach Gelegenheit gegeben, mit höchsten kirchlichen Stellen die Adresse zu beraten. Diese Besprechungen gipelten deutlich, wie lebhaft die Anteilnahme an den Fragen in den genannten Kreisen ist.

Der Jesuitenorden Ludendorffs

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Zeiten, da der General Ludendorff als Politiker ernst genommen wurde, sind längst vorüber. Die unzeitbedeutende Ablage, die das deutsche Volk in seiner weitläufigsten Mehrheit dem „Politiker“ Ludendorff erteilt hat, war so entschieden, daß es Herr Ludendorff seit einigen Jahren vorzieht, nur mehr in ganz kleinen Konzentrierten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, für seine „Ideen“ zu wirken. Zu den wenigen Betreuten, die sich noch zu ihm begeben, gehört der Tannenbergs-Bund, eine völlig bedeutungslose rechtsradikale Organisation, die hier und da „Vortragsabende“ veranstaltet, in denen es dann nur so hagelt mit Angriffen gegen die katholische Kirche, besonders gegen den Jesuitenorden. Kürzlich fand in Charlottenburg wieder ein derartiger „Vortragsabend“ statt. Die Ankündigung veranlaßte sehr viele Katholiken, sich einmal mit dieser Gesellschaft etwas näher zu befaßen. Der erste Redner erlaubte sich die unerbitterlichen Beschimpfungen unter Verdächtigungen gegenüber dem Jesuitenorden. Einzelne Sätze seien wieder gegeben:

Die obersten Stellen des Jesuitenordens werden von Juden eingenommen. — Die Mitglieder müssen selbst die angeborenen Naturgesetze aufgeben. — Sie müssen schwören, daß sie keine Familie, nicht Vater und Mutter, keine Heimat und kein Vaterland mehr haben. — Der Orden beherrscht in Deutschland Großbanken, Handelshäuser, Industrien und Bergwerke. — Ein Zweig des Jesuitenordens ist der Illuminaten-Orden. — Viele Offiziere, Beamte und Fürsten und fast alle unsere Denker und Dichter (sehr schmeichelt!) sind Mitglieder dieses Ordens an. — Er will eine priesterliche Welt Herrschaft errichten, die ganze Welt soll ein Kloster werden. — Die Jesuiten beherrschen die katholische Presse, fast alle katholischen Redakteure sind in Jesuitenschulen erzogen. — Die Jesuiten bekämpfen jeden Nationalismus. — Die Schändungen deutscher Frauen durch Schwarze und Franzosen weicht der Papst.

Diese Proben genügen. Prälat Wichtenberg hat nun in diese Verammlung einen selbsthätigen Jesuiten mitgebracht, um die Redner zur Disziplin zu stellen. Diese wählten der Tapferkeit besten Teil vor, wichen aus. Aber Prälat Wichtenberg rechnete doch Scham mit ihnen ab. Er schlug dann die Abweisung eines Protokollschreibers an den Herrn Reichspräsidenten vor, weil in einer Broschüre Ludendorffs, der er einige Stellen vorlas, eine standalöse Verbeugung eines ehemaligen Offiziers und Feldherrn enthalten ist. Die katholische Kirche öffentlich verurteilt wird. Er übergrabs die Freiheit, sich diesem Vorfall an und stand schließlich in der Verammlung des Tannenbergs-Bundes auf, um das katholische Glaubensbekenntnis „Fest soll mein Taufbekenntnis“ — machtvoll ertönen zu lassen. — Dem katholischen Gruß beendeten die anwesenden Katholiken den Abend und überließen die Tannenbergsdem Flucht der Sicherheit.